

LEITARTIKEL Großrazzia in Reichsbürgerszene

Deutschland sollte die Bedrohung ernst nehmen

Es ist einer der größten Polizeieinsätze gegen Extremisten in der Geschichte der Bundesrepublik: Am Montag wurden 25 Menschen aus der Reichsbürgerszene festgenommen. Ihr mutmaßliches Ziel: der Umsturz des politischen Systems in Deutschland.

Bisher war man geneigt, die Reichsbürgerszene und die Anhänger von Verschwörungstheorien in die Ecke von politischen Querdenken zu stellen, die mit bizarren Ideen während der Corona-Pandemie verstärkt in die Öffentlichkeit drängten. Geheime Allianzen, finstere Verschwörungen, staatliche Institutionen, die nicht mehr sind als eine Fassade: Für Außenstehende mag das Weltbild sogenannter Reichsbürger oft wie blühender Unsinn wirken. Doch die Angehörigen der Szene meinen es ernst, wie der Riesen-Einsatz der Polizei deutlich machte. Die Szene ist eine terroristische Bedrohung des Staates aus dem Inneren heraus. Und das ist brandgefährlich. Zu Recht sprechen die Sicherheitsbehörden nun von einer mutmaßlich terroristischen Vereinigung.

Wer für einen „Tag X“, dem erwarteten Zusammenbruch der staatlichen Ordnung, trainiert, hat mit fehlgeleiteten Querulanten nichts mehr zu tun. Wer so ein Szenario befürchtet, und deshalb beispielsweise große Lebensmittel- und Benzinvorräte anlegt, mag harmlos sein. Wer sich Waffen beschafft und Vorbereitungen trifft, um einen Umsturz selbst herbeizuführen, ist es nicht. Und es sind nicht wenige: Der Verfassungsschutz rechnet der Szene rund 21 000 Anhänger zu. Bei etwa fünf Prozent von ihnen, also rund 1150, soll es sich um Rechtsextremisten handeln. Im Jahr 2021 rechnete der Verfassungsschutz der Szene „Reichsbürger und Selbstverwal-

ter“ bereits 1011 extremistische Straftaten zu.

Die Geschehnisse im US-amerikanischen Kapitol sollten Deutschland dabei eine Lehre sein, wohin dieser Extremismus führen kann. Man erinnere sich an die Geschehnisse im Jahr 2020 als sich bei einem versuchten Sturm auf den Reichstag nur drei Polizisten den Demonstranten entgegenstellten. Damals ist die Republik nur mit Glück Jagdszenen im Parlament entkommen.

Zu den Tatverdächtigen des Montags zählt auch eine Berliner Richterin und frühere AfD-Bundestagsabgeordnete sowie insgesamt drei Soldaten, darunter ein aktives Mitglied des Kommandos Spezialkräfte (KSK).

Beides schreckt auf. Ausgebildete Soldaten als militärischer Arm einer Alternativ-Regierung wirkt das wie aus einem Hollywood-Film der schlechteren Kategorie. Doch es ist bitterer Ernst. Dazu kommt: Die Bundeswehr hat nicht das erste Mal ein Problem mit dem Kommando Spezialkräfte. Hier aufzudecken, Personal auch auszusieben und in Staatsbürgerkunde zu schulen, erscheint erneut angebracht.

Was die AfD angeht: Mehrere Landesverbände der Partei werden inzwischen von den entsprechenden Landesverfassungsschutzämtern beobachtet, die Partei wehrt sich vehement dagegen. Sollten sich die Vorwürfe gegen die AfD-Politikerin erhärten, untermauern diese den „Prüfball AfD“ insgesamt.



HAGEN STRAUSS

GLOSSE

Germany's Next Top-Plätzchen

VON PIA ROLFS

Auf dem bunten Teller geht es friedlich zu? Von wegen. Offenbar ist ein knallharter Konkurrenzkampf entbrannt zwischen den Weihnachtsplätzchen. Denn auch hier gibt es Listen, oder wie es neudeutsch heißt: Rankings.

Generell ist das Vanillekipferl am beliebtesten, ergab eine Civey-Umfrage. Auch wenn Kipferl-Kritiker bisweilen meinen, es handle sich dabei um einen Aggregatzustand des Sandes.

In Bayern dagegen verweist der Lebkuchen das Vanillekipferl

auf ein hinteres Plätzchen. Und gebacken werden, allen Vorlieben zum Trotz, am häufigsten Mürbeteigplätzchen. Vermutlich, weil der wochenlange Vorweihnachtsstress auch die Bäcker mürbe macht – und gleich und gleich gesellt sich gern.

Oft kommt es daher schon im Ofen zu Rangeleien um den Titel „Germany's next Top-Plätzchen“. Das würde zumindest erklären, warum einige Gebäckstücke hinterher etwas lädiert aussehen. Und manche Lebkuchen sind offenbar dabei besonders skrupellos. Setzen sie doch auf die Taktik der verbrannten Plätzchen.

Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:
Trierischer Volksfreund Medienhaus GmbH
54294 Trier, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,
PF 3770, 54227 Trier
Leser-Service 06 51/71 99-0
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90
Abo-Service 06 51/71 99-998
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90
Internetadresse: www.volksfreund.de
E-Mail Redaktion: redaktion@volksfreund.de
E-Mail Verlag: kontakt@volksfreund.de

Geschäftsführer:
THOMAS DEICKE, THOMAS MARXVerlagsleiter:
RÜDIGER KRUPPA

Chefredakteur: THOMAS ROTH

Stellv. Chefredakteur: Peter Reinhart

Chef vom Dienst: Alexander Houben

Newsmanagement: Marek Fritzen, Alexander Houben, Inge Kreutz, Peter Reinhart, Thomas Roth
Reporterchef: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)
Digitaldesk: Johanna Heckele
Printdesk: Marcus Hormes, Ralf Jakobs (Stellv.)

Verantwortliche Redakteure:
Birgit Markwitan (Magazine)
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)Chefredakteur: Katharina de Mos, Rainer Neubert,
Rolf Seydewitz, Bernd Wientjes

Berliner Büro: Kerstin Münstermann

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Rüdiger Kruppa

Zeitungszustellung: TV-Logistik GmbH
Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer an Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an den Feiertagen und kostet monatlich 43,55 Euro einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück: Inland monatlich 48,20 Euro, Ausland monatlich 70,10 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten. Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein Anspruch auf Entschädigung.

Eine Abbestellung des Abonnements ist, vorbehaltlich einer vereinbarten Mindestlaufzeit, bis zum 10. des Monats zum Monatsende möglich. Die Kündigung kann nur in Textform (Fax, E-Mail, Brief) erfolgen.

Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 66 vom 1. Januar 2022. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei:
Saarbrücker Zeitung Medienhaus GmbH, 66117 Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15



KARIKATUR: HARM BENGEN

ANALYSE Missbrauchsoffer bekommen von der katholischen Kirche freiwillige Zahlungen. Viele Betroffene halten die für zu niedrig und klagen.

Schmerzensgeldklage könnte Kirche viel kosten

VON ANITA HIRSCHBECK

KÖLN (kna) Die katholische Kirche in Deutschland muss sich auf weitere Schmerzensgeldklagen durch Missbrauchsbetroffene einstellen. Das zeichnet sich nach einem ersten Verhandlungstermin in einem Schmerzensgeld-Prozess vor dem Landgericht Köln ab. Hier verlangt ein Betroffener 725 000 Euro vom Erzbistum Köln sowie weitere 80 000 Euro für mögliche, künftige Schäden.

Bislang hat der Mann, der in den 1970er Jahren mehr als 320-mal von einem Priester missbraucht worden sein soll, 25 000 Euro von der Kirche erhalten. Es handelt sich um freiwillige Zahlungen in Anerkennung des Leids. Im Prozess wirft der Kläger dem Erzbistum Köln Amtspflichtverletzung durch Unterlassen vor, weil es nicht konsequent genug auf Hinweise gegen den Geistlichen reagierte und dieser somit viele Jahre weiter als Seelsorger arbeiten konnte.

Bemerkenswert ist nun zweierlei: Erstens verzichtete das Erzbistum auf Verjährung. Zweitens zieht es eine Amtshaftung gar nicht erst in Zweifel. Jetzt gehe es vor allem darum, in welcher Höhe der Fall zu entschädigen sei, machte der Vorsitzende Richter Stephan Singbartl am Dienstag deutlich. Er schlug einen Vergleich im unteren sechsstelligen Bereich vor, wobei er betonte, dass auch höhere Zahlungen möglich seien. Aber: Bei einem Vergleich gäbe es kein Urteil. Während das Erzbistum Verhand-

lungsbereitschaft signalisierte, führte die Klägersseite das Argument der Abschreckung ins Feld. Offensichtlich hofft der Betroffene auf ein Urteil in dem Rechtsstreit – somit wäre ein Präzedenzfall für weitere Missbrauchsoffer geschaffen. „Ich kämpfe sicherlich auch für viele andere Betroffene, die es dann nicht mehr so schwer haben wie ich“, sagte er nach der Verhandlung.

Auch Richter Singbartl betonte in der Verhandlung, dass es einen wirklich vergleichbaren Fall bislang

725 000

Euro sowie weitere 80 000 Euro für mögliche, künftige Schäden fordert ein Betroffener vom Erzbistum Köln.

Quelle: Landgericht Köln

noch nicht gebe. Daher sei es auch so schwierig, eine angemessene Höhe für eine Zahlung festzulegen.

Eigentlich hatte sich das Gericht auf eine Diskussion über die Verjährungsfrist eingestellt, die bis zu 30 Jahre betragen kann. Selbst diese Höchstspanne wäre wohl immer noch zu wenig im vorliegenden Fall. Dennoch verzichtete das Erzbistum einen Tag vor der Verhandlung auf dieses Mittel. Es wolle wissen, ob das Gericht die bisher gezahlten Anerkennungsleistungen als angemessen

erachtet, hieß es zur Begründung.

In der Verhandlung wurde dann offenbar, dass wohl auch andere Argumente gegen die Verjährung gesprochen hätten. Sie wäre möglicherweise „treuwidrig“ gewesen, da es im vorliegenden Fall ein besonderes Vertrauensverhältnis und eine soziale Abhängigkeit gab.

Dass sich nun – mindestens – ein niedriger sechsstelliger Betrag für den Kläger abzeichnet, dürfte weitere Missbrauchsoffer motivieren, sich ebenfalls an die Gerichte zu wenden. Zugleich dürfte es andere Bischöfe unter Druck setzen, dass Deutschlands mitgliederstärkste Diözese auf die Verjährung verzichtet. Zwar betont das Erzbistum Köln, dass es sich um eine Entscheidung nur in diesem Fall handle. Dennoch stehen die freiwilligen Anerkennungsleistungen insgesamt infrage.

Ihr kircheninternes System hatten die deutschen Bischöfe erst vor zwei Jahren neu geordnet. Seit Januar 2021 können Betroffene Leistungen von in der Regel bis zu 50 000 Euro, aber auch über 100 000 Euro hinaus erhalten. Zuvor hatten sie im Schnitt 5000 Euro bekommen, in Härtefällen auch mehr. Über die Höhe im Einzelfall entscheidet die Unabhängige Kommission für Anerkennungsleistungen (UKA). Die Mitglieder aus den Bereichen Recht, Medizin und Psychologie werden zwar von der Deutschen Bischofskonferenz ernannt, handeln aber qua Satzung weisungsunabhängig.

PRESSESCHAU

Die „Badische Zeitung“ (Freiburg) schreibt zum tödlichen Angriff von Illerkirchberg:

Ein junger Mann lauert zwei Schülerinnen auf, sticht auf sie ein, ein Mädchen stirbt, das zweite wird schwer verletzt (...). Wäre das nicht die Stunde des Innehaltens, der Trauer? Das wäre es wohl, handelte es sich bei dem mutmaßlichen Täter nicht um einen aus Eritrea stammenden Asylbewerber. So aber hebt umgehend eine Debatte an, die (...) weiteren Schaden anrichtet. Reflexhaft wird die Tat instrumentalisiert. (...) Dieses Verbrechen (...) muss aufgeklärt werden, Fragen zu Motiv und Herkunft des Täters sowie mögliche Versäumnisse im Asylverfahren inklusive. (...) Vorbehaltlose Gründlichkeit und rechtsstaatlichen Prinzipien sind die beste Garantie gegen Hass und Hetze.

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ blickt auf die Klinikreform:

Karl Lauterbach spricht von einer Revolution des Krankenhaussystems – und er hat recht. Wenn, ja wenn diese Reform jemals umgesetzt wird. Denn er kann als Bundesgesundheitsminister zwar die Finanzierungsregeln ändern, nicht jedoch in die Krankenhausplanung eingreifen, die Länderhoheit ist. Wenn Lauterbach aber etwas nicht hat, dann ist es ausreichend Verhandlungsgeschick und Härte, um mit 16 Ländern fertigzuwerden. Sie alle werden mit Zähnen und Klauen ihre Zuständigkeit verteidigen, ebenso wie alle Lobbygruppen erbittert ums Geld kämpfen werden. Geld, das Lauterbach nicht hat.

Dazu meint der „Nordbayerische Kurier“ (Bayreuth):

Lauterbachs Reformkonzept kommt nur voran, wenn die Länder mitziehen. Beiden Seiten stehen muntere Debatten ins Haus. Eine Chance hat das Konzept verdient. Immerhin ist es das ehrgeizigste und auch kniffligste der vergangenen zwei Jahrzehnte.

Die „Märkische Oderzeitung“ (Frankfurt/Oder) schreibt zur Weltnaturschutzkonferenz:

Letztlich wird es darauf ankommen, die Bedürfnisse von Mensch und Natur in eine gesunde Balance zu bringen. Nicht ohne Grund warnen Wissenschaftler davor, dass bei zu vielen streng geschützten Naturschutzgebieten die Nahrungsproduktion auf kleinerer Fläche stattfinden müsste, was zu noch intensiverer Landwirtschaft führen könnte. Genauso muss sichergestellt sein, dass die Natur nicht nur auf dem Papier geschützt wird. Es gibt Fortschritte zu verzeichnen. In der EU einigte man sich, den Import von Rindfleisch oder Soja zu verbieten, für das Wälder abgeholzt wurden. Bisher kritisierte Europa Schwellenländer für Waldrodung, importierte aber deren Produkte. Diese Bigotterie ist hoffentlich bald vorbei.

Produktion dieser Seite:

Martin Wittenmeier, Michaela Heinze
Alexander Houben

RÜCKBLLENDE

Was geschah am 8. Dezember?

2021 Der Bundestag wählt Olaf Scholz (SPD) zum neunten Bundeskanzler. Scholz führt eine Regierung von SPD, Grünen und FDP. Mit der Wahl endet die 16-jährige Ära seiner CDU-Vorgängerin Angela Merkel.

2020 Großbritannien impft als erstes europäisches Land gegen das Coronavirus. Das Vakzin des Mainzer Unternehmens Biotech und seines US-Partners Pfizer war am 2. Dezember auf der Insel zugelassen worden.

2017 Dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron wird der Internationale Karlspreis der Stadt Aachen zugesprochen.

2012 Vier Kinder und vier Erwachsene sterben beim Absturz zweier Kleinflugzeuge bei Wölfersheim nördlich von Frankfurt am Main.



Von Fans mit Bäumen geschmückt: die Gedenkstätte „Strawberry Fields“ für John Lennon im New Yorker Central Park.

FOTO: DPA

Die Maschinen waren in der Luft kollidiert.

2002 Nach wochenlanger Führungskrise wählt der Grünen-Parteitag in Hannover den bisherigen Bundesgeschäftsführer Reinhard Bütikofer und die Verteidigungspolitikerin Angelika Beer zu neuen Vorsitzenden.

1997 Die Schweizerische Bankge-

sellschaft und der Schweizerische Bankverein kündigen ihre Fusion an. Unter dem Namen United Bank of Switzerland (UBS) entsteht der damals zweitgrößte Bankkonzern der Welt.

1987 US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow unterzeichnen in Washington einen Vertrag über den Abbau atomarer Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag).

1985 Die erste Folge der Serie „Lindenstraße“ läuft im deutschen Fernsehen.

1980 Der britische Popmusiker John Lennon, früherer Gitarrist, Sänger und Komponist der Beatles, wird in New York von einem psychisch kranken Attentäter erschossen.

GEBURTSTAGE

1992 Josefina Vilmaier (30), deut-

sche Schauspielerin („Bergkristall“).

1982 Halil und Hamit Altintop (40), deutsch-türkische Fußballspieler.

1922 Gerhard Löwenthal, deutscher Journalist und Fernsehmoderator („ZDF-Magazin“), gest. 2002.

1922 Lucian Freud, britischer Maler („A Woman Smiling“), Enkel Sigmund Freuds, 1933 nach England emigriert, gest. 2011.

TODESTAGE

1989 Max Grundig, deutscher Unternehmer, Gründer des nach ihm benannten Elektronik-Unternehmens 1930, geb. 1908.

1722 Liselotte von der Pfalz, deutsche Adelige am Hof von Versailles, Schwägerin Ludwigs XIV., hinterließ eine reichhaltige und kulturgeschichtlich wertvolle Korrespondenz, geb. 1652.